

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 179

KARL HONAY

III. Ausgabe

Wien, am 29. Mai 1931.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Mai 1931.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17'30 Uhr die Sitzung.

Der Bürgermeister erklärt zunächst ~~das~~ ^{den} schmerzlichen Verlustes den der Landtag und der Gemeinderat der Stadt Wien durch den Tod des Landtagsabg. und Gemeinderates Hans Binder erlitten hat ist schon in der vorangegangenen Landtagssitzung gedacht worden.

Der Bürgermeister gibt sodann folgendes bekannt: Der GR. Ing. Dr. Hengl hat in der Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1930 die Gebarung im Weinlager der Lagerhäuser der Stadt Wien einer abfälligen Kritik unterzogen und schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung der Lagerhäuser erhoben. Seine Beschwerde beinhaltet kurz zusammengefasst den Vorwurf, dass in den städtischen Lagerhäusern die Zoll- und Steuervorschriften nicht eingehalten werden. Die Behauptungen des Herrn G. R. Ing. Dr. Hengl sind zum Gegenstand einer rigorosen Untersuchung gemacht worden. Der hierüber von der Direktion der Lagerhäuser erstattete Bericht, demzufolge die Beschwerde jeder Grundlage entbehrt, ist dem Herrn St. R. Kunschak zur Kenntnis gebracht worden und steht auch jederzeit dem Herrn Beschwerdeführer zur Einsicht offen. Damit das Bild, das man von der ganzen Sache erhält, nicht vielleicht als einseitig dargestellt erklärt werden kann, habe ich auch eine Aeusserung des Zolloberamtes einholen lassen. Diese Aeusserung lautet: "An die Lagerhäuser der Stadt Wien. Unter Bezugnahme auf die dortige Zuschrift vom 24. Februar 1931 wird mitgeteilt, dass in der Lagerung von Weinen im Zollager "Lagerhaus der Stadt Wien" die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der § 6 der Zollagerordnung, strikte eingehalten werden. Ein Anstand in der Gebarung mit diesen Weinen hat sich bis jetzt nicht ergeben. Aus dieser Aeusserung der Zollbehörde und aus dem Berichte der Direktion der Lagerhäuser geht eindeutig hervor, dass die Behauptungen des Herrn GR. Ing. Dr. Hengl vollkommen tatsachenwidrig waren. Es würde sich für ein Mitglied des Gemeinderates empfehlen, sich vor der Erhebung derart schwerwiegender Vorwürfe, insbesondere wenn es sich um Unternehmungen handelt, deren Ansehen und Ehre mit eine Basis des Unternehmens ist, etwas genauer über den Tatbestand zu informieren. Ich kann nicht umhin, die leichtfertige Beschwerdeführung des Herrn Gemeinderates Ing. Dr. Hengl zu rügen.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingegangen.

Ohne Debatte werden genehmigt: Der Ankauf von Grundstücken im X. Bezirk, in Kagran, in Mauer, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die Bewilligung eines Ehrenpreises von 500 Schilling für die Kunstgemeinschaft, von 1000 Schilling für die "Wiener Sezession" und von 500 Schilling für den Künstlerbund Hagen, ferner die Errichtung eines Wohnhausbaues XV.,

Holohergasse, unter Inanspruchnahme der Bundeszuschüsse nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz mit einem voraussichtlichen Gesamterfordernis von Schilling, 1,375.627'27.

Folgende Anträge werden von der Tagesordnung abgesetzt: Der Magistrat wird angewiesen, den Vertrag über die Unterbringung von tuberkulosegefährdeten Wiener Kindern in der Waldschule Alland unverzüglich zu kündigen und der Magistrat wird angewiesen, den Vertrag über die Belegung des Rekonvaleszentenheimes Weidlingau Wurzbachtal mit erholungsbedürftigen Wiener Kindern unverzüglich zu kündigen.

Ohne Debatte wird auch der Antrag auf Genehmigung eines Sachkredites von 170.000 Schilling für die Umgestaltung der elektrischen Antriebe im Ofenhaus des Gaswerkes Simmering angenommen.

GR. Suchanok berichtet über den Ankauf des Hauses Lerchenfelderstrasse 79 und Tausch dieses Hauses gegen das Haus Lerchenfelderstrasse 81.

St. R. Kokrda beantragt eine formale Abänderung des Antrages hinsichtlich des Tauschübereinkommens der Gemeinde Wien mit den Besitzern des Hauses Lerchenfelderstrasse 81. Das Haus Lerchenfelderstrasse 79 soll abgetragen werden und an seiner Stelle wollen die Besitzer des Hauses Lerchenfelderstrasse 81 einen Wohnhausbau mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung aufführen. Sollte hierfür der Bundeszuschuss nicht erreicht werden, so ist sowohl der Kauf als der Tausch gegenstandslos.

Der Antrag wird angenommen, *dem der Abänderungsantrag Kokrda,*

GR. Beisser berichtet über die Errichtung eines Kaffeehauskioskes in der Gartenanlage vor der Votivkirche auf dem Freiheitsplatze gegenüber dem Hause Schottengasse 10.

GR. Stöger (E.L.) gibt der Befürchtung Ausdruck, dass dadurch das Bild der Anlage gestört werden würde. Die Anlagen sind der Erholung und der Gesundheit der Bevölkerung gewidmet, sie sollen daher ihren eigentlichen Zwecken nicht entzogen werden. (Beifall).

In seinem Schlusswort stellt der Referent fest, dass der Charakter der Anlage gewahrt bleibt, worauf der Antrag angenommen wird.

St. R. Prof. Tandler berichtet über die Grundsätze für die Organisation der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz. Die Sonderabteilung ist eine nicht öffentliche, an das Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz angeschlossene Sonderheilanstalt der Gemeinde Wien. Sie umfasst das Institut für Strahlentherapie, eine Heilanstalt mit einem Höchstbelagraum von 100 Betten, von denen mindestens 70 Prozent für Unbemittelte bestimmt sind, und die notwendigen wissenschaftlichen Laboratorien. Das Institut ist zur Strahlenbehandlung von Pflöglingen des Krankenhauses Lainz und von ambulanten Patienten bestimmt, die Heilanstalt dient zur Aufnahme und Dauerbehandlung anstandsbedürftiger Pflöglinge. In der Heilanstalt sind 3 Gebührenklassen vorgesehen: die allgemeine (III. Klasse) ist nur für Unbemittelte bestimmt; Bemittelte dürfen nur in die höheren Gebührenklassen (I. und II. Klasse) aufgenommen werden. Bei der Aufnahme

in die Sonderabteilung für Strahlentherapie und bei der Behandlung im Institut haben nach Wien zuständige Patienten den Vorzug. Die dem Institute für Strahlentherapie zur Verfügung stehende Radiummenge wird grundsätzlich nur in diesem Institute verwendet. Für besondere Fälle können jedoch Ausnahmen von dieser Bestimmung festgesetzt werden. Die derzeit im Röntgeninstitute befindliche Abteilung für Röntgentherapie wird an das Institut für Strahlentherapie angegliedert.

St. Rätin Dr. Motzko (E.L.) wendet sich neuerlich dagegen, dass die Sonderabteilung eine nicht-öffentliche ist. Der Zweck der Radiumabteilung kann nur erfüllt werden, wenn sie als öffentliche Abteilung geführt wird, wenn jeder, ob arm, ob reich, die Behandlung, die er notwendig hat, erlangen kann. In den Grundsätzen wird von dem Institut für Strahlenbehandlung und der Heilanstalt gesprochen. Ist das Institut ein Ambulatorium oder wollen Sie mit ihm eine Art Klinik schaffen? Wenn aus dem Institut eine Art Klinik werden sollte, müssten wir uns mit allem Nachdruck dagegen wenden, weil der Hauptzweck der Radiumabteilung, die Heilbehandlung, in den Hintergrund gedrängt werden würde. Die Rednerin verlangt schliesslich Aufklärung, warum nicht, wie seinerzeit vorgesehen, 3500 Milligramm Radium bromid und 1500 Milligramm Radium sulfat angekauft wurden, sondern 4500 Milligramm Radium sulfat und nur 500 Milligramm Radium bromid. Am Schlusse ihrer Ausführungen erklärt St. Rätin Dr. Motzko, dass ihre Partei nicht in der Lage ist, für die Vorlage zu stimmen. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert Prof. Tandler, dass weder Radium sulfat, noch Radium bromid, sondern Radium element gekauft wurde. Die Zahlung erfolgt erst nach Messung des Radiums durch das Radiuminstitut der Universität. Da die gesamte Montage mit sulfat gemacht wird, wurden 4500 Milligramm Radium sulfat und nur 500 Milligramm Radium bromid angekauft. Das entspricht auch den Erfahrungen der Fachleute. Im übrigen erklärt der Referent, dass Frau St. Rat Dr. Motzko keine Veranlassung zu irgendeinem Misstrauen haben könne.

Die Vorlage wird angenommen.

St. R. Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Schüttelstrasse. Der Bau soll 228 Wohnungen enthalten; die Baukosten betragen voraussichtlich 3'73 Millionen Schilling.

GR. Körber (E.L.) verweist darauf, dass beim Bau in der Ybbsstrasse ebenfalls keine Einbauten vorgesehen waren, jetzt aber dennoch ein grösserer Raum für Parteizwecke der Sozialdemokraten verwendet wird. Ich hoffe, dass in der neuen Wohnhausanlage in der Schüttelstrasse jeder Raum nur für Wohnzwecke verwendet werden wird. Der Redner verlangt dann die Regulierung des Strassenterrains des Lassallehofes und führt über umfangreiche Strassenabsperungen Beschwerde, die anlässlich des Umbaues der alten Augartenbrücke durchgeführt werden. (Beifall).

Der Referent betont, dass alle Einbauten in den Plänen eingezeichnet sind. Wenn ein Plan geändert werden soll, so beschäftigt dies je nach der Kompetenz entweder den Gemeinderat oder den zuständigen Ausschuss.
Die Vorlage wird angenommen.

St. Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Hagengasse mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung. Gemäss dem Bauentwurf sollen 115 Wohnungen, ein Geschäftslokal und 1 Werkstätte geschaffen werden. Das Gesamterfordernis einschliesslich des Grundwertes beträgt 1'86 Millionen Schilling.

St. R. Biber (E. L.) erklärt, dass sich eine Wohnung in diesem Bau auf 17400 Schilling stellen wird. Bei der Wohnhausanlage in der Holohergasse, die ebenfalls die Gemeinde aufführt, stellt sich eine Wohnung auf 15700 Schilling. Das ist ein Unterschied von fast 15 Prozent. Der Preis von 17400 Schilling ist sehr hoch. Der Redner richtet an den Referenten die Anfrage, wieso in dem einen Gemeindebau eine Wohnung 15700 und in einem anderen Gemeindebau eine Wohnung 17400 Schilling kostet, wenn dazu noch fast die gleichen Verhältnisse vorliegen. Er verweist auf die schwierige Lage, in der sich der Holzmarkt befindet, und verlangt, dass im letzten Stockwerk der Gemeindebauten statt Betondecken Holzdecken ausgeführt werden.

In Friedenszeiten ist selbst bei den vornehmsten Palästen zur obersten Gleiche Holz verwendet worden. St. R. Biber beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Rede ^{des} Stadtrat Weber nach einem Bericht der Arbeiter Zeitung vor der englischen Studienkommission für den Städtebau gehalten hat. Er hat unter anderem dort behauptet, dass die Wiener Wohnbaupolitik volle Anerkennung finde. Dass den Engländern die Architektonik der Wiener Wohnhausbauten gefallen haben wird, glauben wir schon, denn unsere Architekten vollbringen hier wirklich erstklassige Leistungen. Aber wir bezweifeln, dass die Engländer mit der Wohnbaupolitik der Gemeinde einverstanden sein könnten. Bekanntlich hat ja vor einiger Zeit der englische Staatskanzler erklärt, so reich sei England nicht, dass es die Wege der Wiener Wohnbaupolitik gehen könne. Auch dass die Engländer mit der Aeusserung des St. R. Weber, einverstanden gewesen sind, dass anstelle des einzelnen Bauherren die Gesamtheit der Bevölkerung treten müsse, glauben wir nicht. Sie behaupten ja immer, dass Sie die breite Masse der Bevölkerung zur Steuerzahlung nicht heranziehen. Bauherr ist aber auf der ganzen Welt derjenige, der zahlt. Vom Gesichtspunkt des Ansehens der Gemeinde Wien möchten wir den St. R. Weber bitten, bei Reden aus solchen Anlässen streng sachlich zu bleiben. Es wäre viel notwendiger, dass St. R. Weber dem Gemeinderat volle Aufklärung darüber gebe, in welchem Masse die Gemeinde heuer beim Bau von Wohnungen gehemmt ist (Lebhafter Beifall, bei der E. L.)

St. R. Weber stellt zunächst fest, dass die vom St. R. Biber errechnete Baukostensumme von 17400 Schilling für den einen Bau den Tatsachen nicht entspreche, dass die Baukostensumme in diesem Falle vielmehr 16000 Schilling betrage, also nur um ein unwesentliches höher sei als in dem anderen Fall. Die Frage, ob Holzdecken verwendet werden sollen, wurde überall studiert, man ist aber überall zur Ueberzeugung gekommen, dass die Betondecken sowohl im Bezug auf ihre Bestandsdauer wie auf die Feuersicherheit den Holzdecken vorzuziehen ist, wozu noch kommt, dass es kaum möglich ist,

so grosse Mengen getrockneten Holzes zu bekommen, wie die die Gemeinde braucht. Wenn St.R. Biber bezweifelt, dass unsere Wohnbautätigkeit anderwärts Anerkennung findet, so kann ich ihm das über Wunsche mit zahlreichen schriftlichen Zeugnissen belegen. Wien ist heute tatsächlich das Mekka der internationalen Bauwelt geworden. Es vergeht nahezu keine Woche, in der nicht hervorragende Baufachleute und Wohnungspolitiker zu uns zu Studienzwecken kommen. Eben erst ist die englische Studiengesellschaft abgereist und morgen kommt der Stadtbauinspektor von Manchester mit seinen Fachleuten und einigen Politikern zu uns, um unsere Wohnbauten zu studieren. Ja man kommt nicht nur zu Studienzwecken zu uns, man ahmt uns auch nach. In England gibt es eine ganze Reihe grosser Städte, wo es ebensowenig wie in Wien eine private Bautätigkeit gibt. Es bauen dort nicht nur die Gemeinden, sie verwalten auch die Objekte und reparieren die Häuser in eigener Regie. Das Prinzip, das wir in Wien durchgeführt haben, hat sich fast in ganz Europa Geltung verschafft, und zwar sagt dem Ausland nicht nur die Architektur unserer Bauten, sondern auch unsere Finanzpolitik zu. Was schliesslich unser Wohnbauprogramm betrifft, so werden wir die 30.000 Wohnungen vollenden und die im Budget des heurigen Jahres für den Wohnhausbau eingesetzten 90 Millionen werden restlos ausgegeben werden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R. Biber (E.L.) stellt gegenüber der Bemerkung des St.R. Weber, dass Holzdecken eine geringere Bestandsdauer hätten als Betondecken fest, dass es in Wien tausende und abertausende Quadratmeter Holz gibt, die einen hundertjährigen Bestand haben, während keine einzige Betondecke eine solange Bestandsdauer hat. Es ist auch nicht richtig, dass es bei uns zu wenig trockenes Holz gibt, richtig ist, dass es kein nasses Holz gibt, da sämtliche Sägewerke infolge der Stockung des Holzgeschäftes überbevorrätet sind. Dass in Oesterreich erzeugte Bauholz ist vollkommen einwandfrei.

Der Referententwurf wird angenommen.

St.R. Weber berichtet über das Uebereinkommen mit der Gesiba bezüglich des Siedlungsbauprogrammes 1931.

GR. Ulreich (E.L.) bemerkt, dass im Gegensatz zu den Wohnhausbauten bei den Siedlungen die Kosten der Strassenherstellungen auf die Kosten der einzelnen Wohnungen umgerechnet werden müssen. Die Gemeinde schämt sich nicht einmal sich die Kosten für die Instandhaltung der Strasse und für die Beleuchtung von den Siedlern bezahlen zu lassen. Hat St.R. Weber das auch den Engländern gesagt? Oder hat man den Engländern erzählt, dass Wien für die genossenschaftliche Bautätigkeit nicht einen Groschen aufwandet?

Vor Jahren hat man auf dem Gebiete der Förderung der genossenschaftlichen Bautätigkeit einen bescheidenen Versuch gemacht. Bei diesem ist es leider geblieben. Der Redner beschwert sich dann darüber, dass die Siedler für die Beleuchtung der Strassen in den Siedlungen aufkommen müssen, auch wenn solche Strassen eine öffentliche Notwendigkeit sind. Er stellt den Antrag auf Uebernahme der Beleuchtungsanlagen in den Wiener Siedlungen und durch die Gemeinde Wien, die künftig die Kosten für den Betrieb und die notwendige Ausgestaltung der Beleuchtungsanlagen zu tragen hat. Ein Eventualantrag des GR. Ullreich geht dahin, die Gemeinde solle die Kosten für die Beleuchtung der Hauptdurchzugstrassen in den Siedlungen übernehmen und den Siedlern für die Beleuchtung der Wohnstrassen eine 50prozentige Ermässigung des Strompreises einräumen. (Beifall).

St. R. Weber (E. L.) erwidert auf die Ausführungen des Stadtrates Weber, dass es wertvoll wäre, den ausländischen Experten auch die stenographischen Protokolle des Gemeinderates zur Verfügung zu stellen, damit sie ein wirkliches Bild gewinnen. Stadtrat Weber nimmt das rein Technische her und leitet davon die Bewunderung der Ausländer für die Wiener Wohnbaupolitik ab. Dass die Wiener Wohnhausbauten architektonisch mehr oder minder gut sind, darüber besteht kein Streit. Es gibt Bauten im geschlossenen Gebiet, von denen man sagen muss, dass die Architekten kein Gefühl für das Stadtgebiet haben. Ein Beispiel dafür ist der Bau in der Wickenburggasse. Dagegen gibt es wieder sehr gelungene Bauten im unverbauten Gebiet. Im freien Gelände sind die Grundrisslösungen gut, aber im verbauten Gebiet versagt Ihre Kunst. Wir werden darüber nie einig werden, da ja unter den Künstlern selbst verschiedene Kunstrichtungen bestehen; was dem Einen gefällt, findet der Andere abscheulich. Der Redner verweist dann auf die Wohnbauverhältnisse in Deutschland und bemerkt, dass man sich im Reich nunmehr auf die 32 Quadratmeter-type festgelegt hat, weil einmal die Wirtschaftsnot eine ungeheure ist und weil man draussen den Mut hat, auszusprechen, dass das Volk auch in seiner Bauweise nicht über seine Verhältnisse leben soll. Früher man im Reich Wohnungen mit 50 Quadratmeter gebaut. Wenn für den Bau öffentliche Mittel in Anspruch genommen wurden, mussten grössere ^{Wohnungen} mit einem Badezimmer, kleinere Wohnungen mit einer Badenische eingerichtet werden. Der Bedarf an grossen Wohnungen ist jetzt im Reich vorbei und man trägt den nun gegebene Verhältnissen Rechnung. Wenn man nun jetzt die Wiener Bauten nachmacht, so ist das für uns gar nicht schmeichalhaft, sondern nur der Beweis, wie rückständig wir noch sind. Wenn gesagt wird, dass auch England Wohnkasernen baut, so muss festgestellt werden, dass Zinskasernen in England nur als Notstandsmassnahmen gedacht sind. Ein entscheidendes Merkmal für die Wohnbaupolitik ist aber die Finanzierung und man hat uns noch nicht bewiesen, dass die Wiener Finanzierungsmethode irgendwo anders massgebend ist. Wohin wir mit dieser Finanzierung aus Steuergeldern gekommen sind, zeigt sich ja jetzt. In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates hat St. R. Weber sein feierliches Versprechen, dass in diesem Jahre über 6000 Wohnungen erbaut werden sollen, ganz eindeutig zurückgenommen. Und tatsächlich ist in diesen

Jahres bis zum heutigen Tage noch nicht ein einziger Wohnbau dem Gemeinderat vorgelegt worden, der nach dem alten System gebaut würde. Die Wohnhäuser, die jetzt gebaut werden, werden ausschliesslich auf Grund der Bundeswohnbauförderung gebaut. Das zeigt, dass Sie auf Grund der alten Finanzierungsmethode nicht mehr bauen können, weil es offenbar der Finanzreferent nicht erlaubt. Die Wohnbautätigkeit ist also faktisch auf die Wohnbautätigkeit auf Grund der Wohnbauförderung eingeschränkt, das heisst in Wirklichkeit wird die Gemeinde in diesem Jahre nur 3¼ Millionen für Wohnhausbauten ausgeben. Das ist der treffendste Beweis für die Richtigkeit unserer Argumente gegen Ihre Finanzierungsmethoden. Solange das Wiener Wirtschaftsleben alle diese Abzapfungen von Steuern ertragen konnte, hat Ihre Finanzierungsmethode bei der Wohnbaupolitik gehalten. Jetzt, wo die Wirtschaft die Steuern nicht aufbringen kann, sind Sie auch mit Ihrer Wohnbaupolitik fertig. Hätten Sie eine Anleihe in grösserem Umfange aufgenommen, so könnten Sie nicht nur über diese Zwangslage hinwegkommen, sondern auch die Wirtschaft befruchten. Ueber diese Dinge werden Sie mit den englischen Deputationen nicht gesprochen haben. Die englische Deputation wird nicht wenig darübergestaunt haben, wenn Sie einerseits den Bericht über die gestrige Nationalratssitzung gelesen und ^{gegen} dagegen die Bemerkung des St. R. Weber gehalten hat, die er vor dieser Deputation gemacht hat, es werde so weiter gebaut werden wie bisher. oder die Kühnheit, mit der der Man weiss nicht, was man mehr bewundern soll: die Sorglosigkeit. Referent solche Aeusserungen macht, die dem Sachverhalt nicht entsprechen. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner bemerkt, es entspreche dem Wesen der Privatwirtschaft, dass Bauten aus Anleihen, aus Hypotheken hergestellt und die Wohnungen so vermietet werden, dass die aufgewendeten Kapitalien ihre Verzinsung finden. In jenen Ländern, in denen der Mieterschutz aufgehoben oder wie in Deutschland wesentlich gelockert worden ist, war es auch möglich diesen Weg zu gehen. Nur ist die Frage, ^{welchen} Teil des Einkommens der deutsche Arbeiter und Angestellte für die Wohnung verwenden muss. (Beifall bei der Mehrheit). Wenn die ausländischen Studienkommissionen ihre Bewunderung äussern so nicht deswegen allein, weil die nun erbauten Wohnungen wesentlich besser sind als die in ihren eigenen Ländern, denn wir haben ja in Wien einen ganz erschreckenden Tiefstand der Wohnkultur gehabt. Nahezu 73 Prozent aller Wiener Wohnungen waren Kleinwohnungen und im Durchschnitt sind auf einen Raum in Wien 4½ Bewohner entfallen. Die Entwicklung die sich da vollzogen hat ist eine ganz ungeheuerliche. Rund 80 Prozent der Wohnungen hatten im Jahre 1913 weder Gas noch Elektrizität. Während es heute kaum eine Wohnung ohne Gas oder elektrisches Licht gibt. Wenn man nun den ausländischen Gästen zeigt, dass ein Volk, das im Kriege und durch den Friedensvertrag so schrecklich misshandelt worden ist, imstande ist, etwas so wesentlich Besseres zu schaffen als es früher war, wird das natürlich anerkannt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Es wäre eigentlich gar nicht überraschend, wenn ~~man~~ aus der Tatsache des wirtschaftlichen Niederganges, den wir jetzt erleben und der sich für die Gemeinde in ^{Verbindungen} Steuerleistungen und

andererseits in erhöhten Leistungen für Wohlfahrtszwecke ausdrückt, die Folgerung abgeleitet werden würde, dass die Wohnbautätigkeit eingeschränkt wird. Ich stelle aber ausdrücklich fest, dass das bisher nicht geschehen ist und dass wir alle erdenklichen Anstrengungen machen, um das zu vermeiden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Wenn GR. Kunschak sagt, die ganze Wohnbautätigkeit der Gemeinde für das Jahr 1931 bestehe in den mit Bundeswohnbauförderung erbauten Häusern, so ist das nicht richtig. Wir haben aus dem Vorjahre eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Bauten in den verschiedenen Stadien der Vollendung in das heurige Jahr herübergenommen, da es natürlich nicht möglich ist, jedes Jahr 6000 Wohnungen zu beginnen und sie in demselben Jahr auch fertigzubringen. So kommt es, dass in dem einen Jahr eine grössere Zahl von Bauten neu begonnen wird, und dass dann ein Jahr folgt, in dem es mehr Vollendungsarbeiten und eine geringere Anzahl von Inangriffnahmen gibt. Am 31. Dezember 1931 waren nun ~~mehrere~~ tausende Wohnungen in verschiedenen Vollendungsstadien und die Organe des Stadtbauamtes haben festgestellt, dass zur Fertigstellung dieser angefangenen Wohnungen noch rund 64 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Von dem im Budget enthaltenen Betrag musste diese Summe für die Vollendungsarbeiten beiseitegelegt werden. Wir haben den absoluten Vorsatz, bis Ende d. J. alle im Budget vorgesehenen Beträge auszugeben. Im nächsten Jahr werden dann eben mehr Bauten begonnen werden können. Dass wir neben den 2000 mit Bundeswohnbauförderung zu erbauenden Wohnungen nicht auch noch unser ganzes Wohnbauprogramm durchführen, sondern diese 2000 Wohnungen in das Wohnbauprogramm einbeziehen, ist die Folge der Abgabenteilung. Aber man darf sich über den Effekt nicht täuschen. Wäre die Abgabenteilung nicht gekommen, so hätten wir die 2000 Wohnungen auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes nicht zugewiesen erhalten, wir hätten sie aus eigenen Mitteln erbauen müssen und es wäre kein Arbeiter ^{mehr} beschäftigt gewesen als heute. Wir haben die feste Absicht den Weg, den wir bisher gegangen sind, weiterzugehen. Hätten wir Ihren Ratschlägen gefolgt, so würden wir heute überhaupt nicht mehr bauen können (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit), denn auf dem Wege der Anleihe würden wir heute bei einer Summe von 700 Millionen Schilling stehen und ganz abgesehen davon, ob es der Gemeinde gelungen wäre eine Anleihe in einem solchen Ausmass zu bekommen, müssten wir, wenn wir nur 8 Prozent für die Amortisation und Verzinsung berechnen, mindestens 56 Millionen für Verzinsung und Amortisation ausgeben. Und bei dem Tiefstand der Löhne, die wir in Oesterreich haben, wäre die Folge, dass tausende von Wohnungen leerstehen würden. Wenn man also das Ziel verfolgt, dem Menschen eine Wohnung zu geben, die sie noch bezahlen können und die sie nicht durch Einschränkung ihrer wichtigsten Lebensbedürfnisse bezahlen müssen, so ist das System das einzig mögliche, dass man sich nicht in diese Zinsenschuld begibt. Wir sind bisher auf diesem Gebiete schuldenfrei geblieben und das allein gibt uns schon die Gewissheit, dass die Wohnbautätigkeit nicht zu Ende sein kann. Wir sind aber auch fest entschlossen, die Wohnbautätigkeit auch nach der bisherigen Finanzierungsmethode fortzusetzen. Wir haben in Wien eine erschreckend hohe

Zahl von schlechten unhygienischen Wohnungen, von Wohnungen die Keller - charakter haben, von Wohnungen, in die nicht ein einziger Sonnenstrahl dringt. Wir haben hier also noch ungeheuerlich viel Arbeit zu leisten. Wir müssen an dem Mieterschutz viel eher festhalten als alle anderen Länder, weil das Lohnniveau bei uns ein so ausserordentlich gedrücktes ist. Wir wissen nicht, welche Wirtschaftsnöte noch über dieses Land und über ganz Europa kommen werden und es sind heute die Anzeichen überaus düstere. Wir haben in dieser Stadt nie mit einem rosenroten Optimismus verwaltet, aber mit der Zuversicht, dass diese Stadt ihre innere Lebensfähigkeit in sich trägt. Wenn man an dieser Stadt nicht verzweifelt, wenn man in Wien nicht eine Stadt sieht, die verurteilt ist, zu verdorren, sondern eine Stadt, die sich besser behauptet hat, als man in den Jahren 1918 und 1919 hoffen durfte, müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen, dass sich die Stadt weiter behauptet, und diese Voraussetzungen sind, dass man den Menschen, die hier leben, und den Kindern, die hier heranwachsen, bessere und gesündere Wohnungen gibt. Ob das das Ausland bewundert oder nicht, ist das minder Wesentliche. Dass in Zeiten der Not ein Fortschritt erzielt werden kann, ist ein Beweis für die Lebenskraft dieser Stadt und darum glauben wir, dass wir an unserer Methode im Interesse der Stadt Wien festhalten müssen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R. Kunschak reflektiert auf die Ausführungen des St.R. Breitner. Er verweist darauf, dass es Fortschritte gibt, die sich naturgemäß ergeben. So ist das auch bei der Wohnkultur, weshalb man nicht behaupten darf, dass das, was sich heute in Wien als Wohnkultur darstellt, ein Erfolg der sozialdemokratischen Verwaltung ist. Die Mitteilung des St.R. Breitner, dass von den 90 Millionen Schilling für das Jahr 1931 schon 64 Millionen vorweggenommen sind, hat mich erschüttert. Es sind also für das laufende Jahr nur mehr 26 Millionen für die Bautätigkeit verfügbar, ein Beweis, welcher gewaltige Rückstand beim Wohnbauprogramm in finanzieller Hinsicht aufgelaufen ist. Zur selben Zeit, als man bei der Budgetaufstellung festgestellt hat, dass für Zahlungen 1930 ein Rückstand von 64 Millionen da ist, hat St.R. Weber im Gemeinderat erklärt, dass über 6000 Wohnungen im heurigen Jahr gebaut werden. Man muss also Weber über die Finanzlage hinsichtlich des Wohnbauprogrammes vollkommen im Unklaren gelassen haben. Die zweite Tatsache ist, dass hier im Gemeinderat feierlich erklärt wurde, dass die Bauten mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung ein Plus zum Programm sind. Heute stehen wir nun nur mehr beim Plus, die Grundzahl aber ist verlorenggegangen. Was die Opposition bekämpft, ist nicht, dass überhaupt gebaut wird, ist nicht, dass weiter gebaut wird, sondern ist der Umstand, dass die ganze Bautätigkeit zu einer Aufgabe der Gemeinde gemacht wurde und dass jede andere Bautätigkeit von der Gemeinde unterbunden wird, so auch die genossenschaftliche Bautätigkeit. Wenn Siedler von der Genossenschaft ein Haus übernehmen, wird das vom städtischen Finanzreferat als Häuserverkauf gewertet. Wenn Sie die private Initiative und den privaten Opfergeist mobil machen, werden Sie rascher zu dem

von uns allen gewünschten Ziele kommen, nämlich der Verbesserung der Wiener Wohnverhältnisse und der Beseitigung des Wohnungselendes. (Beifall).

St. R. Breitner entgegnet, St. Kunschak befinde sich in einem Irrtum, wenn er meint, dass es sich bei den 64 Millionen um Barrechnungen für Leistungen 1930 handle. Das ist nicht der Fall; es handelt sich um Leistungen, die vom 1. Jänner d. J. an vollbracht werden. Die 64 Millionen Schilling also sind keine Rückstände. Es ist auch nicht so, dass wir heute nur mehr über 26 Millionen Schilling verfügen, im Gegenteil, wir werden die ganze Budgetsumme verbauen. Der Vorwurf, dass wir die private Bautätigkeit unterbinden, ist ein Unrecht. Wir haben die Heimbauhilfe gegründet und hierfür Millionen von Schilling zur Verfügung gestellt. Alle Wohnhausbauten sind von der Wohnbausteuer befreit, wir haben Bauten, die mit Bundeswohnbauhilfe errichtet worden, von den Anliegerbeiträgen befreit, wir vergeben Baurechte, wobei die Gemeinde bei Hypotheken sogar noch die Haftung übernimmt. Was die Baugenossenschaften anlangt, verstehe ich unter einer Baugenossenschaft eine Dauergemeinschaft. Wenn dann nach dem Bau eine Aufteilung erfolgt, der genossenschaftliche Gedanke verschwindet, dafür ist allerdings im Wertzuwachsabgabengesetz keine Vorsorge getroffen. St. R. Breitner stellt schliesslich fest, dass er immer die grossen Leistungen der christlichsozialen Zeit, die Ueberführung der Gas- und Elektrizitätsbewirtschaftung aus den Händen des Privatkapitals in die des Gemeinwesens anerkannt habe. Wir verlangen von Ihnen, dass Sie unsere Leistungen mit der gleichen Objektivität beurteilen. Wir sind eben der Meinung, dass die Beistellung der Wohnungen mit zu den Pflichten des Gemeinwesens gehört. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Ullreich (E. L.) bemerkt, er könne ^{von} seiner Feststellung nichts zurücknehmen, dass die Gemeinde der genossenschaftlichen Bautätigkeit feindselig gegenüberstehe. Ein paar Beispiele! Der Baugenossenschaft, deren Obmann er sei, ist die Fürsorgeabgabe vorgeschrieben worden, obwohl von dieser Abgaben nicht auf Gewinn berechnete Genossenschaften ausgenommen sind. Oder die Befreiung von der Wohnbausteuer ist für eine Genossenschaft solange ausgeschlossen, als sie aus Bundesmitteln Kredithilfe bekommt. (Hört! Hört! bei der E. L.) Auch die Befreiung von den Anliegerbeiträgen die den Genossenschaften gewährt wird, ist kein Opfer, da die Genossenschaft alles und die Gemeinde gar nichts leistet. Für die Uebergabe des von der Genossenschaft erbauten Siedlerhauses an den Siedler muss eine Wertzuwachsabgabe von 2000 bis 3000 Schilling gezahlt werden. (Hört! Hört! bei der E. L.) Unser Vorwurf ist daher voll berechtigt, dass die Gemeinde den Baugenossenschaften feindselig gegenüberstehe. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Weber wendet sich entschieden gegen die Behauptung, dass die Gemeinde mit dem Wohnbauprogramm im Verzug sei, und stellt nochmals fest dass am 1. Mai d. J. 7.765 Wohnungen, und zwar auf 50 Baustellen im Bau waren. Die Anträge Ullreich schlägt er vor, dem Wohnungsausschuss zuzuweisen, indem er darauf hinweist, dass die Siedlungsgenossenschaften in keiner Weise schlechter behandelt werden als jeder Bauherr. Der Erfolg unserer Wohnbaupolitik ist, dass unsere Mieter nicht 25 Prozent, sondern nur 6 bis 8 Prozent für ihre Wohnungen von ihrem Einkommen für die Miete zahlen müssen, dass also auch der Ärmste in der Lage ist, sich eine Wohnung halten zu können. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen, die Anträge Ullreich dem Gemeinderatsausschuss IV zugewiesen.

Hierauf wird noch ein Antrag betreffend den Neubau der Radmannsdorfgasse und der Gasse II in der Siedlung Lockerwiese ohne Debatte angenommen.

Schluss der Sitzung 22:15 Uhr.

Bogenabfertigung 22:25 Uhr.